

Wehrt Euch!



Foto: Jakob Huber

Gegen die schwarz-gelbe „Gesundheitsreform“!

Noch ist sie nicht Gesetz

Am 6. Juli 2010 hat der FDP-Gesundheitsminister die Eckpunkte für eine „Gesundheitsreform“ vorgestellt. Zu finden unter <http://www.bmg.bund.de>

Gesamturteil: Stümperhaft – wortbrüchig – erbärmlich ungerecht!

Versprochen: Eine Kopfpauschale sollte niedrige Einkommen finanziell nicht schlechter stellen. Es sollte ein Sozialausgleich aus Steuern finanziert werden. Fachleute berechneten, dafür seien je nach Variante bis zu 35 Mrd. € notwendig.

Gesundheitsminister Rösler (Name ist austauschbar) offerierte in kurzen Zeitabständen immer neue Ideen zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

In den Eckpunkten vom 6. Juli 2010 wird die traditionelle GKV-Beitragserhebung nicht nur beibehalten, sie wird für 2011 sogar um 6 Mrd. € erhöht. Damit ist für 2011 voraussichtlich überhaupt keine Kopfpauschale (jetzt Zusatzbeitrag genannt) notwendig.

Bekanntlich wird von einigen GKV-Kassen seit kurzem schon ein Zusatzbeitrag in Höhe von 8 € pro Monat erhoben oder zusätzlich 1% vom Bruttolohn. Beides muss allein von den Versicherten bezahlt werden, also nicht paritätisch und ohne Sozialausgleich. Das bleibt! Für 2012 wird in Röslers Eckpunkten ein neuer Zusatzbeitrag (die Kopfpauschale) angekündigt, der 8 € beträgt. Der Sozialausgleich aus Steuern soll 2012 den Umfang von 1 Mrd. € haben. Bis 2014 sollen es nicht mehr als 16 € Zusatzbeitrag sein mit ebenfalls ca. 1 Mrd. € steuerfinanziertem Ausgleich.

Damit hat Rösler sein Versprechen gebrochen.

 **attac**

Folgendes ist vorgesehen:

Alle Versicherten zahlen zunächst die volle Pauschale, z. B. 16 €. Das gilt auch für Menschen mit 800 € Monatseinkommen nicht als Überforderung. Zur Zeit beträgt der Arbeitnehmerbeitrag bei 800 € 7,9 %, also 63,20 €. Das wird ab 2011 erhöht auf 8,2 %, also 65,60 €. Wenn 16 € Zusatzbeitrag dazu kommen, sind es insgesamt 81,60 €.

Überschreitet der Zusatzbeitrag (Kopfpauschale) 2 % eines Einkommens, so kommt die Überforderungsklausel ins Spiel, und es kann einen Anspruch auf Sozialausgleich geben.

Aber auch dann wird er nicht aus Steuermitteln finanziert. Es wird ein infamer Trick angewendet. Der Betrag für den Sozialausgleich kommt aus dem Arbeitgeberanteil des betreffenden Arbeitnehmers. Die Krankenkasse erhält also nur einen Beitrag, der um den Sozialausgleich reduziert ist.

Angekündigt war immer, und als besonders gerecht erachtet, ein sozialer Ausgleich aus den Steuern der Besserverdienenden. Diese Leute können sich nun freuen, denn sie werden mit Zusatzbeiträgen (Kopfpauschalen) wesentlich geringer belastet, als bei der bisherigen „einkommensabhängigen“ Beitragserhebung. Die Last muss nun von den kleinen und mittleren Einkommen getragen werden.

Allein die vorgesehenen 6 Mrd. € aus dem erhöhten Beitragssatz bedeuten weniger Netto. Das ist eindeutig. Auch wenn diese 6 Mrd. € (ein letztes Mal) paritätisch finanziert werden, stammen sie doch voll aus dem Arbeitnehmerentgelt oder aus den Renten. Die künftigen Zusatzbeiträge (Kopfpauschalen) müssen rein aus dem Nettolohn der Arbeitnehmer und der Rente bezahlt werden.

Das ist eine 29%ige Beitragserhöhung ohne jeglichen Sozialausgleich.

Tatsächlich: Der sogenannte Sozialausgleich wird aus den Beitragsmitteln der GKV selbst finanziert!

Das „mehr Netto vom Brutto“-Versprechen ist ebenfalls als Lüge entlarvt.

Die Alternative: Eine übergroße Mehrheit der GKV-Versicherten will eine solidarische Krankenversicherung mit gerechter Lastenverteilung, sie will eine Solidarische Bürgerversicherung.



Ein Flugblatt der Projektgruppe gegen die Agenda 2010 von Attac Berlin

Die Gruppe trifft sich jeden 1., 2., 4. und 5. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr in der Greifswalder Str. 33A im Versammlungsraum der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

V.i.S.d.P.: Barbara Hähnchen, Kastanienallee 2a, 16341 Panketal

www.attacberlin.de/agenda2010